

Die Bedrohung der sozialen Marktwirtschaft durch internationale Fusionen und durch die Globalisierung

Volker Wörl

Wenn man in den letzten Tagen in die Zeitungen schaute oder das Fernsehen verfolgte, hatte man den Eindruck, als gebe es nur zwei nennenswerte Ereignisse: die hohen Energiepreise und die Olympischen Spiele. Hohe Energiepreise sind nicht direkt mein Thema. Sie wissen – Benzin kostet pro Liter mehr als zwei Mark, Heizöl eine Mark. Die Opposition läuft Sturm gegen die Öko-Steuer von sechs Pfennigen. Ich verkenne nicht, dass insbesondere das teure Heizöl für viele Haushalte zu einem echten Problem wird. Insgesamt aber – wenn man sich in der Welt umsieht: millionenfacher Hunger in Afrika, Überschwemmungen, Bürgerkriege, dann kann ich nur sagen: Unsere Sorgen möchte ich haben. Wir steigern uns wieder mal in Katastrophenstimmung hinein. Wir sind ein neurotischer Standort – habe ich einmal geschrieben.

Wir denken fürchterlich kurzfristig, ein, zwei Jahre, meist bis zur nächsten Wahl. Was in fünf oder zehn Jahren passiert, das interessiert offenbar wenig. Um beim Energieproblem zu bleiben. In zehn Jahren werden nach Ansicht der Fachleute die Ölfelder in den USA und in der Nordsee erschöpft sein und in zwanzig oder dreißig Jahren die in den meisten anderen Ölländern. Dann müssen wir ran an die Ölsände und Ölschiefer. Das wird sehr teuer. Das wird Preissprünge geben. Da muss doch eine Politik gemacht werden, die jetzt – auch und gerade über den Preis – deutliche Signale zum sparsamen Umgang setzt.

Ich lenke jetzt Ihre Aufmerksamkeit kurz nach Sydney. Dort geht es in diesen Tagen wieder einmal um das olympische Motto: höher, weiter, schneller. Ich habe den Eindruck, dass dieses Motto längst auch zu einem Kernziel der weltweitem ökonomischen Strategien geworden ist. Man muss nur noch das Wort ‚größer‘ hinzufügen. Der Finanzdienstleister Thomson Financial Securities Data hat, laut *Süddeutscher Zeitung*, für das vergangene Jahr weltweit 25 000 Firmentransaktionen im Volumen von rund 2,9 Billionen Dollar registriert. Dabei wird mit harten Bandagen gearbeitet. Ich zitiere nochmals aus der *Süddeutschen Zeitung*: „Der Verhandlungston ist schärfer geworden. Manager übernehmen das Vokabular von Generälen und Kriegsberichterstatern. Der Erfolgsdruck ist hoch, auch weil der eine oder andere Manager Angst davor hat, sich zu blamieren.“

Solche Blamagen hat es, wie wir alle wissen, in erheblicher Zahl gegeben. Ich zitiere den gescheiterten Versuch, die Dresdner und Commerzbank zusammenzuführen. Ein klassisches Beispiel, wie die Dinge schief gehen können, hat BMW mit der Übernahme von Rover geliefert. Die zerschlagene Ehe hat das renommierte und erfolgsverwöhnte deutsche Unternehmen etliche Milliarden Mark gekostet und seinen Ruf als hoch professionell geführte Firma ramponiert. Ihr unrühmliches Ende hat auch dem deutsch-britischen Verhältnis Schaden zugefügt und Tausende von Arbeitsplätzen gekostet. Die Liste ließe sich mühelos verlängern. Viele dieser Fusionen waren ganz einfach dilettantisch vorbereitet, sie scheiterten auch daran, dass Manager nichts von ihrem Einfluss und von ihren Pfründen abgeben wollen.

Andere spektakuläre Zusammenschlüsse müssen ihren Wert erst noch beweisen. Die Jahre zurückliegende Übernahme des amerikanischen Flugzeugproduzenten McDonnell Douglas durch Boeing konnte zum Beispiel nicht verhindern, dass der ewige Branchenprimus Boeing Federn lassen musste und auf einigen Teilmärkten von der europäischen Airbus-Konkurrenz in die zweite Position abgedrängt wurde. Oder das Beispiel Daimler-Chrysler: Das deutsch-amerikanische Unternehmen kann nach dem Zusammenschluss zwar beeindruckende Umsatz- und bisher auch Gewinnzunahmen vorlegen, aber zunehmend erweisen sich die unterschiedlichen Firmenphilosophien als hochproblematisch und die Absatzprobleme der Amerikaner werden für den deutschen Teil zum Bremsklotz. Die Börse, die ja weit mehr Hoffnungen als Tatbestände honoriert, hat dies längst erkannt. Die Aktie hat nach der Fusion fast die Hälfte ihres Wertes eingebüßt.

Fusionsrausch zu Lasten der Arbeitnehmer

Ich bestreite überhaupt nicht, dass Größe und Schnelligkeit in der wirtschaftlichen Praxis oft genug wichtig, ja unerlässlich sind. Ich behaupte aber auch, dass der grassierende Trend zur Größe ganz unterschiedliche Motive hat und vielfach zwanghafte Züge trägt. Ganz sicher spielt die Lust an der Macht eine wichtige Rolle, auch das Bestreben, Konkurrenten an die Leine zu legen. Kosten sollen gespart werden und fast immer motiviert auch die Überzeugung, dass große Unternehmen sich auf den Märkten besser durchsetzen können als die bisherigen, dass viele Großprojekte sich überhaupt erst von Giganten entwickeln lassen. Ein Beispiel dafür ist der Superjumbo, den das europäische Airbus-Konsortium bauen will.

Die schöne alte Philosophie „small is beautiful“ gilt offenbar nicht mehr. Die Er-

fahrung, dass ein kleineres Schiff schneller Kurs wechseln kann als ein großes, scheint vergessen zu sein. Zugegeben: Nicht in allen Branchen und mit allen Produkten lässt es sich gut in Nischen leben. Das viel zitierte Beispiel Porsche trifft nicht den Kern. Porsche-Chef Wendelin Wiedeking sagte neulich: „Porsche wird unbeirrt von allen modischen Trends in einer Welt zunehmenden Gigantismus daran arbeiten, seine Selbstständigkeit zu erhalten.“ Freilich muss man bedenken, dass es sich hier um ausgesuchte Erzeugnisse für einen kleinen Kundenkreis handelt, bei dem der Preis eine relativ untergeordnete Rolle spielt.

Man mag auch zugeben, dass die spektakulären Großfusionen meist auf längere Sicht angelegt sind. Ihren Erfolg müssen sie erst noch beweisen. Dabei kann man sich allerdings an das Wort des englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes erinnern: „Auf lange Sicht sind wir alle tot.“ Auf kurze Sicht aber bezahlen zunächst einmal die Belegschaften den Fusionsrausch. Bei der gescheiterten Fusion Deutsche/Dresdner Bank war davon die Rede, dass 16 000 Arbeitsplätze wegfallen würden. In vielen Sanierungsfällen der letzten Jahre war zu erkennen: Das Unternehmen wurde halbwegs gesund – aber für wie lange?

Die Arbeitnehmer tragen jedenfalls die Hauptlast. Worin besteht denn überhaupt die unternehmerische Glanzleistung eines Managements, das den Schwenk in die Gewinnzone, wie viel gerühmt zum Beispiel bei der Dasa, auf den Trümmern von 11 500 Arbeitsplätzen feiern kann? Bei der Bundesbahn sind gar 70 000 Stellen in Gefahr. Zwar werden dabei die meisten Arbeitnehmer nicht ins Nirgendwo entlassen, sondern mehr oder minder großzügig abgefunden. Aber fast immer gibt es Einbußen an Geld, Lebenswert und Lebensqualität. Das Wort „freigesetzt“ suggeriert einen längst ersehnten Abschied vom Arbeitsplatz. Das ist eine dumme Verharmlosung.

Mehr Umsatz, mehr Gewinn – aber weniger Arbeitsplätze. Handelt es sich hier um die „schöpferische Zerstörung“, die laut Joseph Schumpeter der Preis für den wirtschaftlichen Fortschritt ist? Schöpferisch könnte hier heißen, dass fusionierende oder zu sanierende Unternehmen erst durch den Abbau von Arbeitsplätzen überhaupt existenzfähig bleiben. Es könnte auch heißen, dass überholte Technologien verschwinden und durch neue ersetzt werden und dass die Volkswirtschaft als ganzes profitiert, wenn Unternehmen sterben oder verschluckt werden. Oder sind es bloß Schritte ins Ungewisse?

Warum hört man nie, dass die Gentlemen an der Spitze selbst harte Opfer bringen? Für das gesellschaftliche Klima bis hin zum Tarifstreit könnte dies unschätzbaren Wert haben. Die Realität sieht meist anders aus. So wird, wie man hören konnte, dem bisherigen Mannesmann-Chef Klaus Esser, der sich lange gegen die feindliche Übernah-

me durch Vodafone gewehrt hatte, sein Ausscheiden mit sechzig Millionen Mark vergoldet.

Die Gefährdung der Sozialen Marktwirtschaft

Der Drang zu Größe ist letztlich eine Folge der ständig wachsenden Märkte, der Globalisierung. Sie wird gerne verharmlosend dargestellt als konsequente Fortsetzung internationaler Arbeitsteilung. In Wirklichkeit bedeutet sie eine Revolution, weil sie – je länger, je mehr – gewachsene Kulturen aus den Angeln heben wird. Dabei verstehe ich die Vokabel Kultur sehr weit – nämlich als die Gesamtheit von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensformen. Drei Viertel des Wohlstands werden heute von multinationalen Unternehmen abgewickelt.

Der Grundgedanke der Globalisierung ist ja relativ einfach. Der Wegfall von Grenzen und Regulierungen soll Arbeit und Kapital in Bewegung setzen und schließlich dorthin leiten, wo sie am produktivsten eingesetzt werden können. Bisher beschränkt sich diese Beweglichkeit allerdings weitgehend auf das Kapital, das zur höchst möglichen Rendite fließt. Dies geht oft vor sich in Gedankenschnelle, einer marginalen Zinsdifferenz folgend. Es können aber auch langfristige Investitionen sein, die sich einen besonders günstigen Standort suchen. Die zeitweise atemberaubenden Kurssteigerungen, zum Beispiel im vergangenen Frühjahr an den Aktienbörsen, schufen gleichsam aus dem Nichts ein neues Geldvermögen, das immer wieder und weiter fluktuiert.

Bei alledem hat sich eine Betrachtungsweise durchgesetzt, in der Sach- und Finanzkapital gegenüber der menschlichen Arbeitskraft eine immer wichtigere Rolle spielen. Der dritte, früher als Boden bezeichnete Produktionsfaktor, der heute weithin als Summe der natürlichen Ressourcen verstanden wird, spielt die geringste Rolle. Und der ehemals gar nicht definierte vierte Faktor, „Know how“, also technisches Wissen, erblüht wiederum fast nur dort, wo er mit genügend Kapital angesiedelt und gepflegt werden kann. Der Faktor Arbeit gerät ins Hintertreffen, der Faktor Natur gerät unter die Räder. In diesem Prozess sehe ich die Gefahr für die soziale Marktwirtschaft und damit für die zweite große Errungenschaft der deutschen Nachkriegszeit nach der Demokratisierung. Das soziale Netz, das unter ihrer Obhut gesponnen wurde, ist zu teuer geworden.

Aber nicht dies ist das eigentliche Hindernis. Die Kosten unseres Sozialstaats können durch eine entschlossene Politik reduziert werden. An einschlägigen Plänen gibt

es keinen Mangel. Gefährdet ist die Soziale Marktwirtschaft vielmehr, weil sie immer weniger in die Denkschemata passt, die auf den globalisierten Märkten herrschen. Ihr altes Leitbild, nämlich das Prinzip, die Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden, verträgt sich nicht mit dem fast ungehemmten Laissez-faire amerikanischer Prägung. Das Wirtschaftssystem, in dem shareholder-value höchste Priorität genießt, ist eben anders gestrickt, als eines, in dem der soziale Ausgleich gleichwertig neben den Marktkräften gepflegt werden soll.

Die Kehrseite der amerikanischen Wirtschaftsblüte

Hier lassen sich die Amerikaner gewiss nicht umerziehen. Und der Erfolg scheint ihnen Recht zu geben. Ihre stabile, schon Jahre andauernde Wirtschaftsblüte stößt überall auf Bewunderung, ihre Methoden werden nachgeahmt. Präsident Bill Clinton hat in seiner letzten Rede zur Lage der Nation seinen Landsleuten zugerufen, sie könnten sich glücklich schätzen, in diesem historischen Augenblick zu leben, da es ihnen so gut gehe wie niemals zuvor. Allerdings hat er auch zugegeben, dass Millionen Amerikaner am Rande des Existenzminimums leben. Auf dem Parteikonvent der Republikaner sagte die Präsidentin eines Zentrums, das Analphabeten hilft: „44 Millionen Amerikaner, das sind 23 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, stehen auf dem niedrigsten Bildungsniveau. Sie können keine Zeitung lesen und auch nicht die einfachste Betriebsanleitung.“

Der amerikanische Unternehmer und Buchautor Edward Luttwak schreibt in seinem Buch „Turbo-Kapitalismus“: „Die Armut ist zurückgekehrt. Jedes fünfte amerikanische Kind ist 1996 in Armut aufgewachsen. Millionen Arbeitnehmer-Familien können nicht am Wohlstand teilnehmen. Es geht ihnen heute schlechter als in den siebziger Jahren. Ob ein junger Mensch eine gute Ausbildung bekommt, hängt immer mehr von seiner häuslichen Umgebung ab.“ Luttwak zitiert zunehmende Intoleranz und Vereinsamung. Er schreibt: „Mehr als fünf Millionen US-Bürger befinden sich derzeit in Haft, warten auf ihr Verfahren oder stehen unter Bewährungsaufsicht.“ Nur in der russischen Föderation mit ihren chaotischen Zuständen säßen mehr Menschen im Gefängnis als in den reichen Vereinigten Staaten. Der Berkeley-Professor Loic Warquant analysiert solche Zahlen und bemerkt: „Der Staat hat das soziale Netz zerschnitten und durch Gefängnisgitter ersetzt.“ Wohlgemerkt: Dies alles sind amerikanische Stimmen. Wir tun sicher nicht gut daran, das amerikanische System einfach zu kopieren.

Ungerechte Güterverteilung

In einer globalisierten Welt kann sich der unkontrollierte Kapitalismus, von dem Luttwak spricht, jene Plätze suchen, an denen er am besten gedeiht. Dort kann er auch segensreich wirken, kann Lebensstandard und Lebensqualität steigern. Wie ein Magnet zieht er die besten Köpfe an, verbessert Bildung, Ausbildung und – wo es ihm ins Konzept passt – womöglich auch den Umweltschutz. Und umgekehrt profitiert er von alledem. Aber wehe den Zurückbleibenden! Den Beweis, dass sie einer gerechteren Wohlstandsverteilung in der Welt eher nützen als schaden, sind die beiden Geschwister Kapitalismus und Globalisierung bisher schuldig geblieben. Wenn etliche Entwicklungsländer in den letzten Jahren überdurchschnittliche Wachstumszahlen erzielten, so geschah dies von einer extrem niedrigen Ausgangsbasis aus. Es ist also kein Indiz dafür, dass sich der Lebensstandard dort nachhaltig verbessert.

Noch sind die Güter der Welt extrem ungerecht verteilt. 800 Millionen Reiche verfügen über drei Viertel des Weltsozialprodukts. Fünf Milliarden Menschen teilen sich den Rest. Diese 800 Millionen, die hauptsächlich in Westeuropa, Nordamerika, Japan, Australien/Neuseeland, in Hongkong und Singapur leben, verbrauchen zudem sechzig Prozent der weltweit in jedem Jahr konsumierten Energie. Drei Milliarden Menschen in den ehemaligen Ostblockländern, in China, Indien und großen Teilen Asiens verbrauchen ungefähr dreißig Prozent. Nur das restliche Zehntel steht der übrigen Welt zur Verfügung. Solche Zahlen zeigen nicht nur ein Wohlstandsgefälle, sie sind auch ein Indiz dafür, um wieviel mehr die entwickelten Länder die Umwelt belasten als die Bewohner armer Staaten. Mit Recht hat der frühere brasilianische Staatspräsident Collor de Mello einmal gesagt: „Es kann keinen Planeten mit gesunder Umwelt in einer sozial ungerechten Welt geben.“

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat unlängst die Einkommenslage in den jeweils 15 reichsten und ärmsten Ländern der Welt verglichen. Dabei wurden die Einkommen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Dollar ausgedrückt. Danach war im Bezugsjahr 1998 Luxemburg mit einem Sozialprodukt von 37 400 Dollar je Einwohner das reichste, Sierra Leone mit 390 Dollar das ärmste Land der Erde. Das entspricht ziemlich genau einem Verhältnis von hundert zu eins. Auf den nächsten Rängen folgten die USA mit 29 300 Dollar vor Singapur mit 28 600, der Schweiz mit 26 600, Norwegen mit 24 300 Dollar. Es folgten dicht hintereinander Kanada, Dänemark, Belgien, Japan, Island, Österreich, Frankreich, Hongkong, die Niederlande und schließlich Deutschland mit 20 800 Dollar. Dieser 15. Rang ist übrigens eine Folge der Wiedervereinigung. Vorher stand die Bun-

desrepublik mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen einige Ränge weiter oben. Aber noch immer ist jeder Deutsche im Durchschnitt gut fünfzigmal wohlhabender als ein Einwohner von Sierra Leone. Übrigens zeigt die Statistik, dass die ärmsten Länder fast ausnahmslos in Afrika liegen.

Wie sollen nun die Ärmsten aus dem Teufelskreis von Armut, wachsender Auslandsverschuldung, unzureichender Bildung und oft auch Hunger herauskommen, wenn ihnen das Geld fehlt, eine moderne Bildungs- und Ausbildungsstruktur aufzubauen? Hier, im Bildungsbereich, liegt der Schlüssel für jede nachhaltige Verbesserung des Wohlstands. Und die Globalisierung bietet da kaum einen Ausweg, weil eben das Kapital dorthin fließt, wo es die beste Rendite findet. Am Beispiel Indiens wird deutlich, wie die Kluft zwischen Arm und Reich durch ein einziges Land verläuft. Während um die Millionenstadt Bangalore herum ein modernes Dienstleistungszentrum entstanden ist, in dem hochqualifizierte Computerfachleute arbeiten, leiden in anderen Landesteilen Hunderttausende noch am Aussatz.

Der Sozialstaat in der Globalisierung

Globalisierung führt auch zur Nivellierung der kulturellen Vielfalt. Beispiele dafür sind die Amerikanisierung unserer Finanz- und Wirtschaftssprache oder das Vordringen von Coca-Cola, McDonalds und Walt Disney bis in die letzten Winkel des Erdballs. Überall fühlen sich Menschen immer mehr fremdbestimmt. Argumente, die da lauten, es habe immer schon Situationen gegeben, in denen sich die Menschen vor dem unbekanntem Neuen fürchteten (siehe das Tempo der ersten Eisenbahnen) stehen nicht. Das fundamental Neue sind nicht die immer moderneren Techniken, auch sie können natürlich Angst auslösen – siehe Gentechnik. Das Neue ist vielmehr die ungeheure Macht in einzelnen Händen, zum Beispiel mit den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten.

Ich erinnere an den Coup des in den USA zum Milliardär gewordenen Ungarn George Soros, der 1992 durch seine Spekulationen gegen das britische Pfund den Zusammenbruch des europäischen Währungssystems einleitete. Oder sehen Sie sich die Situation des Euro an, dessen Außenwert unaufhörlich sinkt, weil ihn die Währungsdisponenten nicht behalten wollen. Wie Herdenvieh hängen sich Europas Börsen an den jeweiligen Wallstreet-Trend, der seinerseits von ein paar Dutzend Fondsmanagern gemacht wird und diese wiederum starren auf die Weichenstellungen des zweitmächtigsten Amerikaners, Alan Greenspan, den Chef der US-Zentralbank.

Soweit abzusehen, ist der marktwirtschaftliche Kapitalismus, in dem wir leben, ebenso wenig zu stoppen wie die Globalisierung. Beide haben ja auch ihre unbestrittenen Stärken, die aber hier nicht erwähnt werden müssen, weil sie ohnehin ständig beschrieben und gepriesen werden. In dieser Situation ist es wichtig, dass wir bewahren, was wir bewahren wollen und dass unsere Gesellschaft weiß, wohin sie gehen will.

Wir befinden uns ja in einem unaufhaltsamen Übergang von der industriell strukturierten Gesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft. Da müssten künftig die Dienstleistungen am Mitbürger, an seiner Gebrechlichkeit, an Alter, Krankheit, die Bedienung von Freizeit und kulturellen Bedürfnissen an Gewicht zulegen. Zwei Ziele könnten damit näher rücken: Fürsorge für Menschen in ungesicherten Situationen – dies ist, kurz gesagt, der Sinn sozialer Tätigkeit – und die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das kostet natürlich Geld, das nur zum Teil marktwirtschaftlich verdient werden kann. Der andere Teil müsste finanziert werden, teils vom Staat, von staatsnahen Einrichtungen, immer mehr aber auch von Stiftungen, die in Deutschland ein viel zu geringes Gewicht haben.

Hier können die USA wirklich einmal ein Vorbild sein. Wie Sie wissen, ist kürzlich das Stiftungsrecht deutlich verbessert worden, mit dem Ziel, ihm mehr Kapital zuzuführen. Das bedeutet Änderungen im Steuerrecht. Nach geltendem Recht wird immer noch vor allem die Arbeitskraft besteuert. Ich halte die Grundregel eines ökologischen Steuersystems – nämlich das Nützliche (also die Arbeitskraft) zu entlasten, das Schädliche (Energie-, Natur- und Ressourcenverbrauch) zu belasten, für eine grundsätzliche Strategie.

Zum Thema Sozialversicherung haben jüngst der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach und Diether Döring in ihrer Veröffentlichung „Sozialstaat in der Globalisierung“ Vorschläge unterbreitet: Jegliche Erwerbsarbeit sollte der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden, die Beitragsbemessungsgrenzen sollen fallen, womit auch höhere Einkommen prozentual in gleichem Umfang belastet würden wie die niedrigsten. Das geht gegen den Trend. Aber wir müssen grundsätzlich umdenken. Wohin wollen wir denn gehen? Ist wirtschaftliches Wachstum in alle Ewigkeit unser höchstes Credo? Und was für ein Wachstum soll es sein?

Qualitatives Wachstum

Wir müssen viel besser unterscheiden lernen zwischen Lebensstandard und Lebensqualität. Der Lebensstandard wird gemessen in Einkommen, Vermögen, Verbrauch,

letztlich also in Geldgrößen. Lebensqualität dagegen bedeutet etwas anderes: körperliche und seelische Gesundheit, persönlicher Freiraum, geglückte Beziehungen, Unversehrtheit der Natur. Dazu gehören saubere Luft, unverdorben Böden, reines Wasser und unverbaute Landschaften. Da unsere Volkswirtschaften in wesentlichen Elementen – nämlich hohes Beschäftigungsniveau, Stabilität der Haushalte und soziale Sicherungssysteme – auf Wachstum angewiesen sind, müssten sie sich also bemühen, diese Ziele durch qualitatives Wachstum und mehr Lebensqualität zu erreichen.

Was aber ist denn überhaupt qualitatives Wachstum? Meines Wissens hat dafür das Eidgenössische Wirtschaftsdepartement in der Schweiz vor Jahren die einprägsamste Formulierung gefunden: Qualitatives Wachstum ist jede nachhaltige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen und pro Kopf der Bevölkerung erzielten Lebensqualität, die verbunden ist mit geringerem oder zumindest nicht steigendem Verbrauch an nicht vermehrbaren Ressourcen sowie mit abnehmenden oder zumindest nicht zunehmenden Umweltbelastungen. Hier taucht also auch der oben erwähnte Begriff Lebensqualität auf.

Neues und Unbequemes kann nur eine Politik schaffen, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Eine Politik, die unbeeinflusst bleibt von nicht demokratisch legitimierten Personen und Institutionen. Eine Politik, die manchmal Fehler macht, ist erträglicher als eine von Lobbyisten verbogene. Nach meiner Überzeugung sollte unsere Politik auch europäischer werden. Die Mitglieder der Europäischen Union sollten ihr Potential ebenso geschlossen einsetzen wie die USA. Der Brüsseler Bürokratismus ist hier freilich kein gutes Beispiel. Und auch mit der bevorstehenden Einführung des Euro wird das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt. Von einer einheitlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind wir noch meilenweit entfernt.

Der Prozess der Globalisierung ist unumkehrbar. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, ihn nicht verteufeln, wohl aber seine Schwächen erkennen. Ihn aber auch als Herausforderung und vielleicht auch als Chance betrachten. Wir sollten auf eine Politik hinarbeiten, die den Belasteten oder zumindest Nichtbegünstigten in diesem Prozess hilft. Auf nationaler Ebene müsste dies zum Beispiel heißen, dass endlich die Arbeitnehmer stärker am Vermögen der Unternehmen beteiligt werden, damit sie an den Ertragssteigerungen partizipieren können, die die höhere Kapitalmobilität mit sich bringt.

International und weltweit müsste man eine Entwicklungspolitik formulieren, die die Märkte weiter öffnet und es den armen Ländern ermöglicht, von ihrer Abhängigkeit von wenigen weltmarktfähigen Produkten herunterzukommen. Ich erwähne den

Schuldenerlass, der längst proklamiert ist, aber nun auch realisiert werden muss, der aber vor allen Dingen den Menschen zugute kommen muss und nicht nur einer winzigen Oberschicht. Schließlich sollten sich Politik und öffentliche Meinung wieder stärker um den Schulterschluss zwischen Ökonomie und Ökologie bemühen, damit die natürlichen Grundlagen unseres Lebens nicht unter die Räder kommen.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Umwelt - Schriftenreihe für Ökologie und Ethologie](#)

Jahr/Year: 2000

Band/Volume: [27](#)

Autor(en)/Author(s): Wörl Volker

Artikel/Article: [Die Bedrohung der sozialen Marktwirtschaft durch internationale Fusionen und durch die Globalisierung. 19-28](#)